

Paibacher Zeitung.



Nr. 228. Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Austellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. 7-50. Dienstag, 5. Oktober. Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere per Zeile 6 fr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 fr. 1880.

Ämtlicher Theil.

Se. I. und I. Apostolische Majestät haben die nachstehenden Allerhöchsten Handschreiben allergnädigst zu erlassen geruht:

Lieber Freiherr von Haymerle!
Ich habe die vom Reichsrathe auf Grund des Gesetzes vom 21. Dezember 1867 für das Jahr 1880 gewählte Delegation und die vom ungarischen Reichsrathe auf Grund des G.-A. XII vom Jahre 1867 für das Jahr 1880 zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten entsendete Delegation mit den in Abschrift beiliegenden Handschreiben auf den 19. Oktober d. J. nach Budapest einzuberufen befunden und beauftrage Sie, wegen Einberufung der betreffenden Vorlagen das Erforderliche zu veranlassen.
Wärzsteg, 30. September 1880.

Franz Joseph m. p.
Haymerle m. p.

Lieber Graf Taaffe!
Ich finde Mich bestimmt, die vom Reichsrathe auf Grund des Gesetzes vom 21. Dezember 1867 für das Jahr 1880 gewählte Delegation und die vom ungarischen Reichsrathe auf Grund des G.-A. XII vom Jahre 1867 für das Jahr 1880 zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten entsendete Delegation auf den 19. Oktober d. J. nach Budapest zur Aufnahme der ihrem Wirkungskreise gesetzlich vorbehaltenen Thätigkeit einzuberufen.

Indem Ich gleichzeitig Meine Ministerien für gemeinsame Angelegenheiten zur Einbringung der verfassungsmäßigen Vorlagen anweise, beauftrage Ich Sie, wegen Einberufung der Delegationsmitglieder das Entsprechende zu veranlassen.
Wärzsteg, 30. September 1880.

Franz Joseph m. p.
Graf Taaffe m. p.

Lieber von Tisza!
Ich finde Mich bestimmt, die vom ungarischen Reichsrathe auf Grund des G.-A. XII vom Jahre 1867 für das Jahr 1880 zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten entsendete Delegation und die vom Reichsrathe auf Grund des Gesetzes vom 21. Dezember 1867 für das Jahr 1880 gewählte Delegation auf den 19. Oktober d. J. nach Budapest zur Aufnahme der ihrem Wirkungskreise gesetzlich vorbehaltenen Thätigkeit einzuberufen.

der ihrem Wirkungskreise gesetzlich vorbehaltenen Thätigkeit einzuberufen.

Indem Ich gleichzeitig Meine Ministerien für gemeinsame Angelegenheiten zur Einbringung der verfassungsmäßigen Vorlagen anweise, beauftrage Ich Sie, wegen Einberufung der Delegationsmitglieder das Entsprechende zu veranlassen.
Wärzsteg, 30. September 1880.

Franz Joseph m. p.
von Tisza m. p.

Der Justizminister hat den Bezirksgerichtsadjuncten in Reifnitz Paul Zuvancic auf sein Ansuchen nach Wippach, dann den Bezirksgerichtsadjuncten Johann Kuralt von Landstraß nach Reifnitz versetzt und den Auscultanten Franz Mikus zum Bezirksgerichtsadjuncten in Landstraß ernannt.

Erkenntnis.

Das I. I. Landes- als Pressgericht in Straßachen zu Wien hat auf Antrag der I. I. Staatsanwaltschaft erkannt, dass der Inhalt der Druckschrift: „Der Wochenscheiter Nr. 2“, Budapest, Sonntag, den 19. September 1880, durch die in derselben enthaltenen Artikel mit der Aufschrift: „Augen auf — Taschen zu“ und „Druck erzeugt Gegendruck“, das Vergehen nach den §§ 300, 302 und 305 St. G. begünstigt, und hat nach § 493 St. B. D. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Nichtamtlicher Theil.

Zeitungschan.

Der Karlsbader Parteitag ward die Veranlassung, dass die Wiener Abendblätter vom 2. d. M. „wegen Abdruckes der auf demselben zu beschließenden Resolutionen“ mit Beschlagnahme belegt wurden.

In einem Leitartikel des Morgenblattes vom 2. d. M., überschrieben: „Der Parteitag am Sprudel“, bezeichnet das „Neue Wiener Tagblatt“ den Karlsbader Sprudel als das Sinnbild des deutschen Parteitages. „Es haben sich mancherlei Leiden und Gebreche im Laufe der Zeiten eingestellt, und Karlsbad ist ein wunderkräftiger Curort, wenn man die Heilmittel der Natur in natürlicher Weise benützt. Die bekannte Figur des Staatschamorrhoidarius steht der Parteihämorrhoidarius würdig zur Seite. Das Blut ist verdickt, es circuliert nur träge, und während es den Unterleib mit unheimlichen Spannungen füllt, erzeugt es im Kopfe melancholische Vorstellungen und drückt auf das Herz mit ängstlichen Gefühlen. Die Karlsbader Cur wirkt hier wahre Wunder, sie stellt die normalen Empfindungen des Lebens wieder her.“

stellungen und drückt auf das Herz mit ängstlichen Gefühlen. Die Karlsbader Cur wirkt hier wahre Wunder, sie stellt die normalen Empfindungen des Lebens wieder her.“

Das erwähnte Verbot der Karlsbader Bezirks-hauptmannschaft gegen den Fackelzug dortiger Vereine gibt dem „Extrablatt“ und der „Vorstadt-Zeitung“ Anlass zu Bemerkungen. Keines der beiden Blätter billigt dieses Verbot; während aber das letztgenannte in demselben das Symptom einer wachsenden „politischen Sonnenfinsternis“ sehen will, tritt das erstgenannte gerade dieser Auffassung entgegen, indem es auf die „Absurdität“ der Annahme hinweist, dass der böhmische Statthalter, „dessen gut deutsche und verfassungstreue Gesinnung niemand anzweifelt, dem Parteitage aus Animosität das ihm zugebachte Vergnügen mißgönnt haben sollte.“ Wahrscheinlich handle es sich um unterlassene Formalitäten. Die „Vorstadt-Zeitung“ kann übrigens nicht umhin, bei Gelegenheit einzugehen, dass „für Verfassung, Freiheit und Cultur“ vielleicht mehr gefürchtet werde, als „durch die Umstände gerechtfertigt“ sei. Die „Vorstadt-Zeitung“ mag da nicht Unrecht haben; nur wird nicht so sehr „gefürchtet“ als „Furcht gemacht“, und dazu trägt wohl derjenige, der einer verbotenen Serenade wegen von „politischer Sonnenfinsternis“ spricht, auch sein Scherflein bei. Das „Vaterland“ hebt hervor, dass die aus der absolutistischen Periode stammenden gesetzlichen Bestimmungen, auf Grund deren das in Rede stehende Verbot erfolgte, von der Linken während der Zeit ihrer Herrschaft „sorgfältigst conserviert“ worden seien.

Die „Grazzer Tagespost“ kommt in einem „Seid politisch rührig“ überschriebenen Leitartikel zu dem interessanten Schlusse, dass auch die Partei, deren Interessen sie vertritt, die liberale Partei durch ihre Vereine für ein eingehendes Verständnis der historischen Grundlagen sorgen solle, auf denen die modernen politischen Bestrebungen ruhen. „Die nationale Begeisterung jedes Czechen — schreibt das genannte Blatt — entzündet sich durch die sorgfältig gepflegten Erinnerungen an die historischen Großthaten ihres Volksstammes. Der Schatz unserer geschichtlichen Erinnerungen liegt vielfach unbenutzt da und trägt uns keine Zinsen. In wie viel Richtungen sind wir zum Beispiel über die Tendenzen der josephinischen Aera nicht hinausgekommen! Dass ein Kreis von Auserwählten aus gelehrten Werken die edlen und nachahmenswerten Ziele kennt, denen unsere Vorfahren zugestrebte haben, genügt nicht, so lange sie

Feuilleton.

Fiaker und Omnibus.

Das in stetiger Entwicklung und in ununterbrochenem Fortschritt begriffene Verkehrsleben der letzten Jahrhunderte hat für die Zwecke der commercialen Verhältnisse sowohl, wie im Interesse des gesunden und Unternehmungen hervorgerufen, welche Beförderung der Erleichterung und Beschleunigung der Wandel, ja selbst ganze Erdtheile zu einander in eine früher nicht geahnte Nähe gebracht haben. Freilich fällt es uns, die wir im Zeitalter der Dampfkraft und der Electricität leben, schwer, ein Verkehrsweisen und vermittelnden, das — ganz abgesehen von dem vermittelnden Bindegliede der Eisenbahn und des Telephon — einer geregelten Verbindung von Land zu Land, ja selbst schon von Ort zu Ort entbehren mußte.

Aber selbst jene Transportmittel, welche dazu bestimmt sind, den Personenverkehr zwischen benachbarten Orten oder zwischen den einzelnen Theilen einer Stadt zu vermitteln, haben sich erst in den letzten Jahrhunderten entwickelt, und der französischen Hauptstadt gebührt der Ruhm, zu solchen Anstalten das Vorbild gegeben zu haben. Die ersten Wagen, welche dem Postverkehre der früheren Zeit dienten, waren sehr primitiver Art; sie hatten keine üppigen Polster, ruhten nicht auf Federn und gewährten keinem verwöhnten Reisenden behagliche Ruhe. Die ersten Postfuhrwerke bestanden aus schweren plumpen Leiternwagen, hatten nicht einmal

ein Dach, und erst nachdem Regen und Schnee viele Jahre hindurch ungehindert auf die Fahrenden herniedergerieselte, brachte man Weinwanddecken über den Wagen an, an deren Stelle erst viel später ein dauerndes ledernes Dach trat. Betreffs der Bezeichnung „Kutsche“ hat ein ungarischer Gelehrter nachzuweisen versucht, dass dieselbe seiner Muttersprache entstamme, indem aus dem Dorfe Kotsche (jetzt Kitzsch) die ersten derartigen Fuhrwerke gekommen seien. Für diese Behauptung spricht allerdings die Thatfache, dass im 16. Jahrhundert eine Gattung bedeckter Geschirre unter dem Namen „ungarische Wagen“ beliebt waren, und dass man auch in Deutschland anfänglich nicht „Kutsche“, sondern „Gutschi“ sagte. Doch ist ein Beweis damit noch nicht geliefert.

Der erste Wagen mit Glasfenstern kommt im Jahre 1631 vor, wo die Infantin von Spanien, Maria, die Gattin des nachmaligen Kaisers Ferdinand III., in Kärnten in einem „gläsernen Wagen“ ankam, darinnen nicht mehr denn zwei Personen Platz hatten.“ Auch bezüglich des Preises einer solchen Kutsche in jener Zeit fehlt es nicht an Nachrichten. So wissen wir z. B., dass der Brautwagen der ersten Gemahlin des Kaisers Leopold, einer spanischen Prinzessin, einschließlich des Pferdegeschirres 38,000 fl. kostete. Ein alter Biograph Kaisers Leopold erzählt: „In den kaiserlichen Kutschen war keine Pracht zu sehen gewesen, sie waren über und über mit rothem Fuchtleider und schwarzen Zwecken beschlagen. Die Geschirre waren schwarz und an dem ganzen Werke kein Gold. Die Scheiben sind Krystallinen, und deswegen werden sie die kaiserlichen Krystallinenwagen genannt. War es ein Festtag, so war das Pferdegeschirr mit rothen seidenen Fransen besetzt. Die kaiserlichen Kutschen hatten hierinnen auch etwas Be-

sonderes, dass die Zugstränge von Leder waren, dahingegen alle Kutschen, worinnen in der kaiserlichen Suite die Hofdamen fuhren, nur mit Stricken färlieben nehmen mußten.“

Dass das neumodische Vergnügen in damaliger Zeit nicht sehr wohlfeil gewesen sein mag, lässt sich denken, und man sollte daher meinen, es müsse schon aus ökonomischen Gründen auf die Höfe der Kaiser, Könige und Fürsten beschränkt geblieben sein. Allein aus einer Verordnung des Herzogs Julius von Braunschweig aus dem Jahre 1588 ersieht man, dass dieser Luxus bereits unter dem ganzen Adel seine Verehrer gefunden. Später als in Deutschland fand die Neuerung in Frankreich Eingang. Um das Jahr 1550 gab es in Paris nur drei Kutschen, von welchen eine der Königin, die andere der Diana von Poitiers, die dritte dem René de Laval, Seigneur de Bois-Dauphin, gehörte. Man bedurfte damals eines körperlichen Gebrechens, um die Benützung eines solchen Wagens in den Augen der Menge zu entschuldigen. Podagra und übermäßige Leibesstärke halfen vornehmlich die neue Errungenschaft der gewerblichen Industrie einbürgern. Nach anderen Berichten waren Katharina von Medicis, die Herzogin Diana von Angoulême und Christoph de Thon, erster Präsident des Parlaments, die ersten, welche sich eines Kutschwagens bedienten.

Berücksichtigt man diese eben geschilderten Verhältnisse, so ist es als ein eminenter Fortschritt zu bezeichnen, dass wir ungefähr hundert Jahre später in Paris schon das Institut der sogenannten „Fiaker“ — wenn auch erst in dem frühesten Stadium seiner Entwicklung — antreffen.

Mit dem Namen „Fiaker“ bezeichnet man bis auf den heutigen Tag diejenigen Fuhrwerke, welche

nicht in die breiten Schichten des Volkes gedrungen sind und dort neue Wurzeln schlagen. So kann jeder politische Verein zugleich zu einem Vereine zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse werden und in populären Flugschriften für die allmähliche Aufklärung des Volkes sorgen."

Die „Wiener Abendpost“

erscheint seit 1. d. M. in einer veränderten Gestalt und macht in solcher einen sehr vorteilhaften Eindruck. Namentlich ist die Reichhaltigkeit der politischen und wirtschaftlichen Originalmittheilungen, das gediegene Feuilleton und die Mannigfaltigkeit des localen Theiles rühmend hervorzuheben.

An der Spitze der Nummer vom 1. d. M. lesen wir die nachstehende Erklärung betreffs dieser Umgestaltung, die wir vollinhaltlich reproducieren wollen. Sie lautet:

„Die „Wiener Abendpost“ erscheint heute in einer neuen Gestalt, welche hoffentlich um so freundlichere Aufnahme finden wird, als sie eine Entwicklung markiert, die nicht bloß eine äußerliche ist. Ohne den literarischen und wissenschaftlichen Stoff wesentlich zu beschränken, welcher in der „Wiener Abendpost“ dem ungetheilten Interesse eines gewählten Leserkreises begegnet, werden wir in Zukunft auch der politischen Tagesgeschichte, der wir bisher nur knappen Raum zu gönnen vermochten, eine erhöhte Sorgfalt zuwenden. In dem politischen Theile wird die „Wiener Abendpost“ wohl nicht aus ihrer Objectivität, aber aus ihrer Passivität heraustreten. Die Discussion der politischen Fragen und Interessen wird zu lebhaft, als daß wir länger auf das Recht verzichten sollten, an ihr theilzunehmen. Nichts ist natürlicher.

„Trotzdem ist die erste Kunde von unserer Absicht mit einer jener Insinuationen begrüßt worden, welche den wesentlichsten, weil unstreitig bequemsten Theil der politischen Taktik gewisser Kreise bildet. Es erscholl der Ruf, daß die „Wiener Abendpost“ ein „Kampforgan“ werden solle. Nichts liegt uns heute ferner als diese Absicht. Der Weg, den wir uns vorgezeichnet, führt gerade in entgegengesetzter Richtung. Was wir suchen und anstreben, ist nicht der Kampf, sondern der Friede, die Verständigung, die Beseitigung der theils absichtlichen, theils unabsichtlichen, aber immer beklagenswerten, weil gemeinschädlichen Mißverständnisse und Mißdeutungen, welche wie Unkraut das Feld überwuchern, das für ernste, befruchtende Arbeit so überaus ergiebig wäre. Leider ist nicht immer auch in Klärung, was in Gährung begriffen. Schwer ist es, jene, nur allzu leicht, diese zu fördern und den politischen Pessimismus zu erzeugen, welchen Thiers treffend als ein „aus verbissenem Grimm und Perfidie zusammengesetztes System“ bezeichnet. Wir wollen der Klärung dienen. Das ist patriotische Arbeit des inneren Friedens. Jenem System „des Ingrimmes und der Perfidie“ bleibt es vorbehalten, uns zum Kampfe zu zwingen. Wir werden in solchem Falle auch den Kampf nicht scheuen. Für das Recht aller, das die Verfassung ist, für das „Recht auf Wahrheit“, welches die Bevölkerung all' denjenigen gegenüber zu erheben das Recht hat, welche berufen sind oder sich berufen fühlen, sie zu führen. Wir wünschen und hoffen, daß uns diese letztere Art publicistischen Wirkens erspart bleibt und daß es uns möglich gemacht

wird, uns jener sachlichen Discussion zu widmen, welche allein die richtige Erkenntnis der Dinge erzeugen und die Leidenschaften zur Ruhe bringen kann. „Parteien haben Momente“, sagt ein Geschichtsschreiber, „in welchen sie wie nervöse Frauen nicht überlegen, nur empfinden.“ Politische Parteien können der Ueberlegung mehr Raum geben, ohne auf das Empfinden zu verzichten. Berechtigte Empfindungen zu schonen und das Ueberlegen zu fördern, ist unsere Aufgabe.“

Zur Lage.

Die gemeinsamen Ministerconferenzen, welche zur Zeit des Aufenthaltes Sr. Majestät des Kaisers in der ungarischen Landeshauptstadt stattfanden, werden zu Ende der nächsten Woche in Wien fortgesetzt werden. Den ausschließlichen Gegenstand dieser Beratungen wird, wie gemeldet wird, die Feststellung des Kriegsbudgets bilden.

Wie bereits gemeldet, sind die Delegationen für den 19. d. M. nach Budapest einberufen. Wie die „Montags-Revue“ hört, soll der Reichsrath am 22sten November seine Sitzungen beginnen. Das genannte Blatt widmet dem Budget pro 1881 einen längeren Artikel und legt im Hinblick auf das sich ergebende Deficit von 32 Millionen den Hauptaccent auf die vorzunehmenden Ersparungen. Es schreibt diesbezüglich unter anderem:

Im Vergleiche zu den Ausgaben anderer Länder steht Oesterreich procentual in Bezug auf Landwirtschaft als erster Staat nach Preußen, in Bezug auf Gesundheitspflege nur nach England, im Bedarfe für höhere Lehranstalten in erster Linie neben Italien und Preußen, in Bezug auf Mittelschulen weit höher als irgend ein europäischer Staat, im gesammten Schulwesen, von den kleinen deutschen Ländern abgesehen, neben Preußen im vordersten Gliede; für das Eisenbahnwesen opfert es jährlich ungleich mehr als irgend ein Staat mit Ausnahme Ungarns u. s. w. Man kann, ohne jemandem nahe zu treten, doch behaupten, daß es im Interesse des hartbedrängten Staatschazes nunmehr möglich sein müsse, ein langsames Tempo einzuschlagen und manche Million auf Hunderttausende, manches Hunderttausend auf Zehntausend zu reducieren durch Beschränkung in dem mannigfachen Luxus, zu welchem wir uns in den Jahren 1871 und 1872 verleiten ließen. Und offen gestanden, ein solches Resultat erscheint uns auch vom Standpunkte der Regierung weit erfreulicher, als die gelungensten neuen Steuerprojecte. Bedauerlich genug, daß es ohne diese nicht abgehen wird, leider nicht abgehen kann. Zweiunddreißig Millionen lassen sich im cisleithanischen Budget nicht ersparen und an eine Reduction des Militäretats kann kein Besonnener in diesem Momente denken, abgesehen davon, daß eine solche oder ähnliche Summe dort niemals in Abschlag zu bringen sein wird. Der fehlende Betrag bleibt noch immer so groß, daß es nicht genügt, einzelne Kategorien der Bevölkerung zu neuen Leistungen heranzuziehen, man wird alle in Anspruch nehmen müssen. Denn fortwuchern darf das Deficit nicht, das consequente Schuldenmachen muß den Ruin zur Folge haben. Deshalb wünschen wir, daß der Reichsrath sich bei seinem Zusammentritte ganz dem Staatsvoran-

schlage und den dazu gehörigen Gesetzesentwürfen sich widme. Aber er soll auch rasch arbeiten, damit das Resultat seiner und der Bemühungen des Ministeriums dem öffentlichen Haushalte zugute kommt. Man erwartet von der Regierung ihrem Programme gemäß vorwiegend wirtschaftliche Vorlagen. Wir denken, daß die bedeutungsvollste darunter doch nur der Staatsvoranschlag sein könne, im Vereine mit jenen Gesetzentwürfen, welche geeignet sind, auf den verschiedensten Gebieten die Ausgaben zu vermindern oder die Einnahmen zu erhöhen.

Se. Excellenz der gewesene Minister Ritter von Chlumetz hat am 2. d. M. in Brünn vor seinen Wählern eine längere Candidatenrede gehalten, worin er unter anderem sagte: Ueber das Wirken des Cabinetts, dem ich angehörte, wird die Geschichte urtheilen. Es ist nichts geschehen, was ich nicht vertreten kann. Wir haben uns dem Interesse des Staates gewidmet, wenn Sie wollen, geopfert; ich habe mein politisches Gewissen erforscht und jeder Schuld ledig gefunden. In weiterer Erörterung dessen, was in der Zukunft namentlich zur Hebung des Gewerbe- und Gewerkschaftswesens zu geschehen habe, und nach der Kennzeichnung seiner Aufgabe als Abgeordneter, nämlich dahin zu wirken, „daß — wie er sagt — die Principien der Verfassungspartei wieder maßgebend werden für das Regieren in Oesterreich“, schloß Se. Excellenz mit dem Satz: Ohne Anspielung auf concrete Verhältnisse möchte ich constatieren, daß die Verfassungspartei das Schicksal anderer politischer Parteien im hohen Grade theilt, daß es ihr schwer wird, lange die Aufgaben der parlamentarischen Majorität zu lösen; in der negativen findet sich rasch ihre Einigkeit wieder. Von ganz unwesentlichen Bruchtheilen abgesehen, erblicke ich sie jetzt als wiederhergestellt; aber unser Ziel steht höher. Die Partei muß auch wieder regierungsfähig werden. Es ist nicht genug mit der Negation, es ist nicht genug, Ministerien zu stürzen, wir müssen auch einig bleiben in der Zeit positiven Schaffens. Wir müssen ein verfassungstreues Ministerium offen und rückhaltlos stützen können.

Dem Wiener Gemeinderathe sollen in der heutigen (Dienstag-) Sitzung zwei Anträge zur Beschlussfassung vorgelegt werden, betreffend die Abhaltung, beziehungsweise die officiële Begrüßung des allgemeinen österreichischen Parteitages in Wien.

Nach einer der „Wiener Abendpost“ zugekommenen Nachricht ist die Reconstitution des Landes Schulrathes für Böhmen erfolgt. Die Domcapitulare Anton Zandaurel und Anton Hora, der Pfarrer Superintendent A. C. Theophil Molnar, der Präsident der Prager Advocatenkammer, Dr. Friedrich Ritter v. Wiener, die Universitäts-Professoren Dr. Friedrich Rulf und Dr. Otto Willmann und der Realschuldirector Schulrath Johann Stasny sind auf die gesetzliche Funktionsdauer zu Mitgliedern des Landes Schulrathes ernannt worden.

Brünner Meldungen zufolge soll der Ministerialrath im Justizministerium Ritter v. Edelmann als Nachfolger des Baron Streit zum Präsidenten des mährisch-schlesischen Oberlandesgerichtes ernannt werden. Ritter v. Edelmann genießt den Ruf eines ausgezeichneten Fachmannes, der auch zahlreiche Regierungs-vorlagen im Reichsrathe vertreten hat. In politischer Beziehung hat sich derselbe bisher nicht bemerkbar gemacht. Er zählt indes — wie die „Presse“ schreibt — zu jenen höhern Beamten, die unparteiisch und gerecht gegenüber den verschiedenen nationalen Ansprüchen, gleichzeitig entschiedene Anhänger der Verfassung sind.

Vom Ausland.

Ueber die Tendenz der von der englischen Regierung in den letzten Conseilsberatungen gefaßten Beschlüsse wird aus London der „Pol. Corr.“ mitgetheilt, daß die englische Regierung ein eventuelles Aufgeben der Flottendemonstration nur für den einzigen Fall ins Auge faßt, unter der Pforte die Uebergabe Dulcignos direct von den Mächten gebilligten Modalitäten direct herzustellen würde. Eventuelle türkische Vorschläge dilatorischer Tendenz ist das Cabinet von St. James fest entschlossen, zurückzuweisen.

Das Ministerium Gladstone sträubt sich bis jetzt noch entschieden gegen eine Herbstsaison des englischen Parlaments; indessen nimmt die Agitation für die Einberufung des Parlaments vor Weihnachten immer größere Dimensionen an. Besonders lebhaft tritt die „Morning Post“ für eine solche Maßregel ein. Bezüglich der Constantinopler Meldung der Pforte über das „Habas“ in betreff einer neuen Note der Pforte schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Competenterseits ist von der Existenz einer derartigen Note bisher nichts bekannt, doch ist wohl anzunehmen, daß eine solche Kundgebung der Pforte ergangen ist oder demnächst ergen wird, da schon das letzte Gesuch der Pforte deren Bereitwilligkeit zur Regelung auch der griechischen und armenischen Frage betonte.

Meldungen der „Pol. Corr.“ aus Constantinopel unterm 2. d. constatieren, daß in den letzten 24 Stunden

für den augenblicklichen Gebrauch an bestimmten Orten stets bespannt stehen; ihre Wiege ist, wie bereits bemerkt, Paris und ihr Gebrauch ziemlich alt; denn schon zur Zeit Heinrichs IV. sollen einige solche Wagen in den Straßen der Hauptstadt circulierte, jedoch noch unter der Regierung Ludwig XIII. keine besonderen Namen gehabt haben. Die Bezeichnung „Fiacre“, welche diese öffentlichen Mietsfahrwerke erst in der Folge erhielten, wird zurückgeführt auf den heiligen Fiaccius, der, wie die Legende erzählt, um das Jahr 600 geboren und ein Sohn des Königs von Schottland, Eugen IV., gewesen sein soll; sein Erzieher Conamis, Bischof von Man, wußte ihm eine solche Verachtung der Welt und der weltlichen Angelegenheiten einzupflanzen, daß der junge Prinz, obgleich dereinstiger Thronerbe, seinen Anrechten auf die schottische Krone entsagte und auf Einladung des St. Baron, Bischofs von Meaux, mit seiner Schwester Sira (oder Sired) nach Frankreich sich begab, um dort in der Einsamkeit zu leben. Hier wies ihm Bischof Faron im Walde von Fordille in der Brie, zwei Stunden von Meaux entfernt, ein kleines Stück an, wo Fiaccius sich nun seine Klause baute und fortan lebte, während seine Schwester in ein Kloster eingetreten war. Nach seines Vaters Tode kam dessen jüngerer Sohn Ferhard zur Regierung in Schottland, regierte aber so schlecht, daß eine Gesandtschaft der mißvergnügten Schotten, dessen Bruder, den Einsiedler Fiaccius, aufsuchte und ihn dringend bat, den väterlichen Thron zu besteigen; er aber schlug es ab, lebte in seiner Einsiedelei bis zu seinem Tode (30. August 670), wurde in dem Dome von Meaux begraben und später heilig gesprochen. Denn schon bei seinen Lebzeiten stand Fiaccius im Geruche der Heiligkeit und soll auch viele Wunder

gewirkt haben, die sich nach seinem Tode in der ihm in der Pariser Kirche Ste. Cathérine du Valdes-Ecoliers geweihten Kapelle fortsetzten, wo man eine ansehnliche Reliquie dieses Heiligen bewahrte. Der König Heinrich V. von England ließ nach seiner Niederlage bei Baugh das Fiacreloster plündern, weil dessen Schutzpatron ein Schottländer gewesen. Eine tödtliche Krankheit, der Blutfluß (genannt Fiacrekrankheit), befiel und raffte ihn kurze Zeit darauf im Jahre 1422 zu Bois de Vincennes hinweg, in den Augen der Menge eine sichtbare Strafe Gottes für die dem Kloster zugefügte Schädigung und er selbst äußerte, er sehe jetzt wohl ein, daß die Schotten selbst nach dem Tode es noch mit den Franzosen hielten.

Das Bild des heiligen Fiaccius diente als Schild an einem Pariser Wirtshause in der Straße St. Antoine, wo die Mietkutschen, als sie unter Ludwig XIV. in größerer Zahl kamen, ihren Standort und deren Inhaber ihre Herberg hatten; die Kutscher dieses neuen Institutes der öffentlichen Mietwagen beschloffen dann, sich unter den Schutz dieses Heiligen zu stellen und hingen ihren Wagen Bilder des heiligen Fiaccius auf, um sich während ihrer Fahrten gegen alle Unfälle zu sichern. Deshalb nannte man anfangs jene Wagen „voitures de saint Fiaccius“, was man später in „Fiaccius“ abkürzte. Auch noch lange Zeit nachher war ein farbiger Holzschnitt im Innern der Mietkutschen angebracht, weil man ihm den glücklichen Erfolg des Unternehmens zuschreiben zu müssen glaubte. (Der heilige Fiaccius ist übrigens auch noch der Schutzpatron der Gärtner; er soll nämlich ein großer Botaniker gewesen sein und die Umgebung seiner Einsiedelei mit Blumen aller Art geschmückt haben.)

(Fortsetzung folgt.)

